

der funke

Zeitung der DKP Bad Kreuznach



Extra Juni 2012

Nein zum Fiskalpakt

Der Fiskalpakt ist eine Kriegserklärung zur Zerstörung öffentlicher Dienstleistungen und grundlegender sozialer Rechte, Arbeiterrechte und politischer Rechte der Bürger Europas. Zusammen mit dem Euro-Plus-Pakt beinhaltet er verbindliche "Schuldenbremsen", automatische Strafverfahren gegen Defizitsünder, Kontrolle der nationalen Haushaltsplanungen durch die EU-Kommission sowie die Überwachung der Lohnentwicklung, der Arbeitsmarkt-„reformen“ und der sozialen Sicherungssysteme. Die Troika (EU, EZB, IWF) übernimmt das Ruder, nationale Parlamente sollen zu „Abnicken“ degradiert werden, damit die Profite von Banken und Konzernen nicht durch „Sozialklimbim“ Schaden erleiden.



SPD und Grüne: Zustimmung für ein paar Zugeständnisse

Die Annahme des Fiskalpaktes bedarf einer 2/3-Mehrheit. Die SPD könnte diese mit den Grünen verhindern, zumal die Partei DIE LINKE dagegen stimmen wird. Aber mit ein paar Zugeständnissen haben sich SPD- und Grünen-Führung und die Bundesländer die Zustimmung zu Fiskalpakt und ESM abkaufen lassen. Noch Ende der Woche will die Regierung die Verträge durch den Bundestag peitschen. Was sie da wirklich beschließen, wissen sie zumeist selbst nicht, die Mitglieder ihrer Parteien werden völlig im Unklaren gelassen.

Gewerkschaften zum Fiskalpakt: „Alles Irreführung!“

Um so wichtiger ist es, daß der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine zunehmend kritische Haltung zeigen. Begnügten sie sich über Jahrzehnte zu oft damit, etwas mehr „Sozialstaatlichkeit“ einzufordern, vom Maastrichter Vertrag bis hin zur gescheiterten - den Franzosen und Niederländern sei's gedankt - EU-Verfassung, sind sie jetzt ganz entschieden gegen diesen Pakt. Spätestens seit die Troika den Griechen die Zerschlagung ihres Tarifsystems zwecks massiver Lohnkürzungen diktierte, wird immer mehr Gewerkschaftern klar, daß sie morgen „selbst Griechen sein könnten“. Im

„Klartext 20.2012“ wird jetzt dargestellt, daß der Fiskalpakt mehr ist als die deutsche Schuldenbremse auch für andere. Dazu der DGB wörtlich: „Jetzt stellt sich raus: Alles Irreführung! Tatsächlich wird der Fiskalpakt auch deutsche Städte und Gemeinden angreifen.“ Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) appelliert in einem Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dem Fiskalpakt nicht zuzustimmen. Auch der DGB in Rheinland-Pfalz schrieb in diesem Sinn an die Landtags- und Bundestagsabgeordneten.

Fiskalpaket: Marode Schulen, geschlossene Bäder, höhere Mietnebenkosten

Die Schuldenbremsen greifen ab 2016 und betreffen Bund und Länder. Wenn aber ab 2014 der Fiskalpaket wirkte, dann dürften Bund, Länder und Kommunen sowie Sozialversicherungen nur noch insgesamt 13 Milliarden Euro an Krediten aufnehmen. Geschlossene Schwimmbäder, marode Schulbauten, gestrichene Kulturförderung und steigende kommunale Gebühren und Steuern wären die Folge sowie Privatisierung des letzten

„Tafelsilbers“. Schon heute erhöhen Städte (auch Bad Kreuznach) und Gemeinden massiv die Grundsteuer B, die als Nebenkosten voll auf die Mieter abgewälzt wird. In Bad Kreuznach inklusive des künftigen Stadtteils Bad Münster am Stein / Ebernburg wird sich dann nicht nur die Frage stellen, welches Schwimmbad geschlossen wird, sondern ob überhaupt noch eines auf bleibt.

Wer Millionäre und Milliardäre nicht besteuern will, braucht den Fiskalpaket

Die Gewerkschaft ver.di hat in ihrer Kampagne „Gerecht geht anders“ Vorschläge für mehr Einnahmen der Kommunen gemacht, u.a. durch eine Gemeindefinanzsteuer, statt der Abschaffung der Gewerbesteuer à la FDP. Zudem fordert sie die höhere Besteuerung großer Einkommen, Vermögen

und Erbschaften sowie von Kapitalumsätzen. Breite Bündnisse sind nötig, um zu verhindern, daß von Gewerkschaften erkämpfte Löhne und Gehälter immer mehr dafür draufgehen, fehlende kommunale Daseinsvorsorge für Arbeitende, Rentner und Jugendliche privat zu bezahlen.

DKP: Fiskalpaket verschärft die Krise zu Lasten der Arbeitenden, der Rentner und der Jugend

Die DKP verurteilt dieses Abkommen, weil damit eine Politik radikalisiert und institutionalisiert wird, die die gegenwärtige katastrophale Situation mit herbeigeführt hat. In der Praxis hat sich inzwischen erwiesen, daß die europaweit exekutierten „Sparprogramme“ nicht aus der Krise herausführen, sondern im Gegenteil die Krise vertiefen und zu steigender Arbeitslosigkeit und Armut führen. Der „Fiskalpaket“ ist eine Kriegserklärung zur Zerstörung öffentlicher sozialer Dienstleistungen und grundlegender sozialer Arbeiterrechte und politischer Rechte der Bürger Europas. Auf endlose Zeit soll ein ständig wachsender Anteil des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums in die Taschen der Banken und Reichen fließen. Gleichzeitig geben die EU und die Regierungen damit dem Finanzkapital, d.h. den Banken, Finanzinvestoren, Ratingagenturen, Konzernen und Superreichen, noch mehr Macht, während parlamentarische Rechte weiter eingeschränkt werden.

Nicht von dieser Welt scheint der haushaltspolitische Sprecher der Grünen im Landtag von RLP zu sein, wenn er denn in der Presse richtig zitiert wurde. „Wie sich beim Kommunalen Entschuldungsfond gezeigt habe, sei die finanzielle Situation der Gemeinden überwiegend positiv, sagte Steinbach. Aus seiner Sicht könnten die Kommunen die Einnahmeseite noch weiter ausschöpfen.“ (AZ vom 14.06.12, S. 14). Bad Kreuznachs Stadtrat hat gerade einen Rotstiftshaushalt verabschiedet, Bad Münster kommt ohne zweistellige Millionenzahlen des Landes nie mehr aus den Miesen, aber auch im Umland gibt es kaum eine Gemeinde, die nicht verschuldet ist. Soweit Kommunen die „Einnahmeseite“ beeinflussen können, heißt das Erhöhung der Gewerbesteuer, der Grundsteuern (werden auf die Mietnebenkosten umgelegt), der Hunde- und der Vergnügungssteuer sowie von Gebühren und Abgaben. Man kann auch noch selbst zum ruhenden den fließenden Verkehr überwachen, um sich nicht nur zu Lasten deren, die 10 Minuten zu lange parken, sondern auch deren, die 10 Km/h zu schnell fahren versuchen zu sanieren. Das „Schöne“ daran ist, daß große Einkommen und Vermögen außen vor bleiben. Die Partei, die mal als sozial-ökologische, friedensbewegte Kraft startete, ist wohl endgültig im kapitalistischen Politikbetrieb angekommen als **Öko-FDP**

Krassni Medwed

der funke extra, Juni 2012, Zeitung der DKP Bad Kreuznach. Kontakt und v.i.S.d.P.:

V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, eMail DKP-KH@gmx.de, Versand als eMail

Weitere Info unter <http://www.dkp-bad-kreuznach.de/>, www.kommunisten.de oder www.unsere-zeit.de

Die DKP Bad Kreuznach trifft sich in der Regel am dritten Montag jedes Monats um 20:00 Uhr in Bad Kreuznach, Wassersümpfchen 23, Gäste sind willkommen.

Wir laden ein zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung des Gewerkschaftspolitischen Forums der DKP Rheinland-Pfalz zum Thema: **Für ein umfassendes Streikrecht mit Veit Wilhelmy** Schornsteinfegermeister u. Gewerkschaftssekretär, Wiesbaden Samstag, 30. Juni 2012, 14:00 Uhr (Einlaß ab 13:30) Bad Kreuznach, Wassersümpfchen 23, neben DGB-Haus